

Bauernproteste in Berlin und anderen großen Städten !

14 Tage lang standen deutsche Landwirte in Berlin vor dem BMU mit ihren Schleppern und Traktoren auf der Straße, haben in ihren Anhängern übernachtet und wurden von der Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt. Und nicht nur in Berlin, ebenso in Hannover, München und vielen anderen Städten.

Sie protestierten gegen das neue Insektenschutzgesetz, das am 10.02.2021 beschlossen wurde und durch das ihre Existenzen bedroht sein könnten.

Zwar gab Bundesumweltministerin Svenja Schulze in einem Interview an: „*Uns ist zudem in intensiven Gesprächen gelungen, kooperative Ansätze zu stärken, die Landwirte für den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel belohnen.*“, jedoch wurden die Bauern in solche Gespräche nicht mit einbezogen. Im Gegenteil. Sie fanden kein Gehör. Niemand war bereit mit ihnen über ihre Existenzsorgen zu sprechen.

Auch die Medien hielten sich extrem zurück.

Kein öffentlich-rechtlicher Sender war bereit auch nur einen einzigen Bericht, ein paar Fotos oder eine Erklärung auszustrahlen, um was es den Landwirten geht.

Auf Nachfrage beim NDR wurden wir darauf verwiesen, dass ja der RBB einen Bericht lokal ausgestrahlt habe. Dieses Ereignis sei nur regional auf Berlin bezogen, deswegen würden andere Sender nicht berichten.

Regional ? Landwirte aus ganz Deutschland ? In vielen deutschen Städten ? In Existenzangst ?

Hier ist Absicht zu unterstellen - oder vielleicht eine Weisung der Regierung !

Wer leitet die Landesrundfunk- und Medienanstalten ? Es ist die Politik !

Wer sitzt mit im 60 - köpfigen ZDF Fernsehrat, zusammen mit anderen Vertretern aus der Politik ? Svenja Schulze höchstpersönlich und der Vorsitzende des NABU!

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.....!

Man hat erfolgreich einen Kabinettsbeschluss gefasst und in den eigenen Reihen hoch bejubelt, dessen Leidtragende nicht in der Öffentlichkeit gehört wurden oder gehört werden durften. Nein, die Proteste wurden der deutschen Bevölkerung verschwiegen. Wer sich nicht alternativ informiert hatte oder „vor Ort“ war, wusste nichts darüber.

Erst jetzt, nachdem die Abstimmung erfolgte, wird plötzlich über die Proteste berichtet, wenn auch sehr zurückhaltend !

Was wurde beschlossen ?

An den Rändern von Gewässern sollen Randstreifen von 5 - 10m gelten, wo keine Pestizide mehr versprüht werden dürfen. Glyphosat soll nur noch in Ausnahmefällen erlaubt sein, Ende 2023 wird es komplett verboten werden, der Biotopschutz soll auf Streuobstwiesen und artenreiches Grünland erweitert werden, Lichtverschmutzung soll reduziert werden, da hiervon eine Gefahr für nachtaktive Insekten ausgeht.

Aber was ist mit Verkehr, Mobilfunk, Steingärten, zunehmende Bebauung, Windräder u.v.a.m. ?

Wie argumentieren die Landwirte ?

Die vorgesehenen Beschränkungen betreffen mindestens 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland. Der Ausfall von Nutzflächen wird nicht entschädigt. Der Besitz der Landwirte wird entwertet. Verschlechterung der Böden, Erosionen, zu wenig Humusbildung. Kein Nutzwert mehr, dies gleicht einer Enteignung.

Doch woher kommen Streuobstwiesen und artenreiches Grünland?

Sie wurden von vorhergehenden und heutigen Generationen der Landwirte gehegt und gepflegt und erwirtschaftet.

Was soll die Lösung für die Landwirte sein ?

Abholzen oder Umpflügen, um der Enteignung zu entkommen ?

Wer kauft das Land? Eine der inzwischen über 9.000 NGO's (NGO = Non-Governmental-Organisations = Nichtregierungsorganisationen), die dann von der Regierung (sprich uns Steuerzahlern) hoch subventioniert werden ?

Es steht schon heute fest, die geplanten Maßnahmen haben keinen Mehrwert für den Insektenschutz, da schon freiwillige, finanziell geförderte Programme in den einzelnen Ländern erfolgreich laufen.

Durch das neue Gesetz sollen Insekten geschützt werden.

Doch wer denkt an Maulwürfe, Regenwürmer und sonstige Erdbewohner, wenn durch die Verordnungen es verstärkt zur Bodenbearbeitung kommen wird ? Wird diese dann auch untersagt ? Wer denkt an die autarke Nahrungsmittelversorgung Deutschlands, die gefährdet zu sein scheint ? Die bisherige Eigenversorgung Deutschlands von z.Zt. 89% wird weiter rückläufig, vermehrte Importe notwendig werden, die aus Ländern mit weniger oder sogar ohne Auflagen für die Landwirtschaft, auch ohne Deklaration angewandter Gentechnik, kommen wird.

Deutschlands Landwirte hatten schon vor dem neuen Gesetz die höchsten Auflagen in der EU, sodass eine wirtschaftliche Produktion in Deutschland kaum noch möglich war und ist - in Folge immer schwieriger werden wird. Gerade die kleinen Landwirte, die auch ohne Gesetze und Verordnungen Wert auf ökologische, nachhaltige und umweltverträgliche Produktion gelegt haben, werden darunter leiden und es wird einige geben, die ihren Hof nicht mehr werden halten können.